

(A)

(C)

76. Sitzung

Berlin, Freitag, den 26. November 2010

Beginn: 9.00 Uhr

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sitzung ist eröffnet.

Ich begrüße Sie alle sehr herzlich zu unseren heutigen abschließenden diesjährigen Haushaltsberatungen.

Wir setzen die Haushaltsberatungen – Tagesordnungspunkt I – fort:

- a) Zweite Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2011 (Haushaltsgesetz 2011)**

(B) – Drucksachen 17/2500, 17/2502 –

- b) Beratung der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Finanzplan des Bundes 2010 bis 2014

– Drucksachen 17/2501, 17/2502, 17/3526 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Norbert Barthle
Carsten Schneider (Erfurt)
Otto Fricke
Roland Claus
Alexander Bonde

Ich rufe den Tagesordnungspunkt I.18 auf:

Einzelplan 10

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

– Drucksachen 17/3510, 17/3523 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Georg Schirmbeck
Rolf Schwanitz
Heinz-Peter Hausteil
Roland Claus
Alexander Bonde

Zum Einzelplan 10 liegt je ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Interfraktionell wurde vereinbart, darüber eineinhalb Stunden zu debattieren. – Ich sehe, damit sind Sie einverstanden. Dann können wir so verfahren.

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat das Wort der Kollege Ulrich Kelber für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Ulrich Kelber (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Deutschland und in der Europäischen Union werden derzeit für den Verbraucherschutz wichtige Fragen entschieden. Die Frage hier ist: Wo war die Ministerin bei der Behandlung dieser Themen?

(D)

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Immer dabei!)

Dieser Deutsche Bundestag debattiert ein sogenanntes Energiekonzept, durch das das Oligopol von Energiekonzernen, das den Verbraucherinnen und Verbrauchern schadet, auf Jahrzehnte zementiert werden soll. Dazu gibt es kein Wort der Verbraucherschutzministerin. Dieser Deutsche Bundestag hat in der letzten Sitzungswoche über eine sogenannte Gesundheitsreform entschieden, durch die die Finanzierung von Gesundheit einseitig auf die Seite der Patienten, also der Verbraucherinnen und Verbraucher, gelegt wird. Gleichzeitig wurden Versicherungskonzernen und Pharmakonzernen zusätzliche Einnahmen gesichert. Von der Verbraucherschutzministerin gab es zu diesem Thema nur ein Lächeln.

In der Europäischen Union wird über die Gemeinschaftsaufgabe Agrarpolitik entschieden, über die Frage, wie die Agrarpolitik bis 2020 ausgerichtet sein soll. Eine öffentliche Diskussion, eine Einbindung der Zivilgesellschaft finden nicht statt. Die Ministerin schweigt nur. Hinter den Türen praktiziert man lobbyverhaftetes, krampfhaftes Festhalten an überkommenen Strukturen. So gibt man jeden Einfluss in Europa auf.

(Beifall bei der SPD – Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Sie selber sind der größte Lobbyist, den wir im Deutschen Bundestag haben!)

Ulrich Kelber

- (A) Es gibt die Methode Aigner. Erster Bestandteil ist: Ankündigen und nicht einlösen. Ich nehme das Beispiel des **Datenschutzes**. Die neuen sozialen Netzwerke, die Datensammlungen der Banken, die Datensammlungen der Versicherungskonzerne, das alles sind Themen, um die sich eine Verbraucherschutzministerin in Deutschland kümmern sollte. Ergebnis: Ilse Aigner kündigt ihr Konto bei einem sozialen Netzwerk. Entschuldigung, so hilflos darf eine deutsche Ministerin einfach nicht wirken. Das ist nicht in Ordnung. Sie hätten dort ansetzen müssen, wo Sie Möglichkeiten zur Einflussnahme gehabt hätten. Sie hätten etwa das sogenannte Safe-Harbor-Abkommen mit den USA revidieren können, damit auch deutsche Daten dort geschützt sind. Da hätten Sie tätig werden müssen und nicht bloß Ihren eigenen Account kündigen dürfen. Das ist etwas zu wenig.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ein anderes Thema: giftiges Kinderspielzeug. Noch in der Großen Koalition, in der Sie schon Ministerin waren, gab es dazu einen gemeinsamen Beschluss von CDU/CSU und SPD. Zwei Jahre lang ist nichts passiert. Vor einigen Wochen wurde ein Arbeitskreis in Brüssel gegründet. Wo ist der Druck aus Deutschland?

Ein letztes Beispiel. Sie haben gesagt, dass die Gelder für Strafen, die das Kartellamt gegenüber Firmen verhängt, die Kartelle gebildet und den Verbraucherinnen und Verbrauchern geschadet haben, abgeschöpft und zur Stärkung des Verbraucherschutzes eingesetzt werden; die entsprechende Ankündigung ist mehrfach nachlesbar. Was ist passiert? Ich habe den gesamten Haushalt zehnmal durchgelesen – Peter Bleser, Verbraucherschutzpolitischer Sprecher der CDU/CSU, vielleicht habe ich etwas übersehen –: Nichts steht drin; die Ankündigung wurde wieder nicht eingehalten.

(Beifall bei der SPD – Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Wer es zweimal liest und nicht versteht, muss es nicht noch einmal lesen!)

Schlimmer aber noch, als Dinge anzukündigen und nicht einzulösen, ist es, nette Dinge anzukündigen und das Gegenteil zu tun. Da ist das Beispiel der **Grünen Gentechnik**. Wenn die Ministerin als CSU-Politikerin unterwegs ist, vermittelt sie den Eindruck, man sei dagegen; in Wirklichkeit wird in Europa kein Einsatz gezeigt, wenn jetzt die Chance besteht, dafür zu sorgen, dass in Zukunft die Nationalstaaten darüber entscheiden. Sie wollen die Nulltoleranz gegenüber nicht getesteten, nicht zugelassenen genetisch veränderten Organismen in Deutschland aufgeben. Sie wollen Deutschland zum Freilandversuch für nicht getestete GVO machen.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: So ein Unsinn! Sie hätten länger lesen müssen!)

Zudem wollen Sie – man muss nur in den Haushalt schauen – zusammen mit Ministerin Schavan in den nächsten sechs Jahren 2,4 Milliarden Euro für die Bio-ökonomieforschung ausgeben. Schaut man hinter die Kulissen, dann erkennt man: Bei dem Titel geht es um nichts anderes als um die Förderung der Forschung im

Bereich der Grünen Gentechnik mit 2,4 Milliarden Euro, zusätzlich zu den Mitteln aufgeschüttet, die es schon heute gibt. (C)

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: 2,4 Milliarden Euro? Bitte noch einmal zum Nachhören!)

Das ist der entscheidende Punkt. Es geschieht trotz des klaren Urteils des Bundesverfassungsgerichtes, das eine klatschende Ohrfeige für Schwarz-Gelb und ihre Position zur Grünen Gentechnik war.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Herr Kelber, 2,4 Milliarden Euro?)

– 2,4 Milliarden Euro in sechs Jahren, Herr Kollege. Sie sollten den Haushalt, den Sie heute Nachmittag in namentlicher Abstimmung verabschieden wollen, lesen, damit Sie wissen, was drinsteht; zumindest wir von der Opposition tun das.

Der Betrag von 2,4 Milliarden Euro ist deswegen spannend, weil wir auch einen Haushaltstitel haben, der „Zuschüsse zur Förderung des ökologischen Landbaus“ heißt. Er beträgt nicht 2,4 Milliarden Euro in sechs Jahren, sondern 16 Millionen Euro.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Im Jahr!)

– 16 Millionen Euro im Jahr; das sind 96 Millionen Euro in sechs Jahren, Herr Schirmbeck.

(Beifall des Abg. Georg Schirmbeck [CDU/CSU] – Peter Bleser [CDU/CSU]: Ohne Taschenrechner!) (D)

Das ist weniger als 2,4 Milliarden Euro. – Schwarz-Gelb hat hier gesagt: Auch alle anderen sollen auf diese Mittel zugreifen können, auch die Pestizidforschung und die Gentechnikforschung. Das heißt, die Mittel dieses Mini-programms für den ökologischen Landbau werden von Ihnen für den eigentlichen Zweck weiter zusammengestrichen.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Unerhört!)

Sie reden immer gerne von Transparenz; aber wo sind Ihre Vorschläge, wie das Verbraucherinformationsgesetz weiter ausgestaltet werden soll? Ihr eigenes Haus hat eine Umfrage durchgeführt, um herauszufinden, was die Verbraucherinnen und Verbraucher wünschen und für sinnvoll halten. Als die Ergebnisse vorlagen, haben Sie in Europa genau das Gegenteil ausgehandelt.

Es ist das eine, dass man etwas ankündigt und es dann nicht einlöst oder das Gegenteil macht. Das andere ist Ihr mangelnder Einfluss im Kabinett. Der Bundeswirtschaftsminister plant, die Schlichtungsstelle Energie beim BDEW anzusiedeln. Das ist der Berufsverband der Energie- und Wasserwirtschaft, in dem die vier großen Energiekonzerne über 60 Prozent der Stimmrechte verfügen. Frau Ministerin, glauben Sie wirklich, dass dieser Verband eine Schlichtungsstelle einrichten wird, die zugunsten der Verbraucherinnen und Verbraucher entscheidet? Oder wird die Schlichtungsstelle eher zugunsten der

Ulrich Kelber

- (A) Konzerne entscheiden, die im Verband 60 Prozent der Stimmrechte halten?

Nach der Finanzkrise war der Anlegerschutz ein wichtiges Verbraucherschutzpolitisches Thema. Am ersten Entwurf eines entsprechenden Gesetzes war die Verbraucherschutzministerin gar nicht beteiligt. Der jetzige zweite Entwurf sieht keine Regelung für den gesamten grauen Kapitalmarkt vor. Da kann man als Ministerin nicht nur lächeln; da müsste man kämpfen.

Ich gebe zu: Das Eckpunktepapier zum Datenschutz aus dem Verbraucherschutzministerium war ambitioniert. Der Innenminister hat aber die Umsetzung blockiert. Wo werben, wo kämpfen Sie für Ihre Inhalte? Das bleibt der Öffentlichkeit verborgen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In der letzten Haushaltsdebatte haben wir aufgezeigt, dass Sie eine Ankündigungsministerin sind. Das reicht aber nicht mehr als Beschreibung; das kann man nicht einfach wiederholen.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Vorsicht! Vorsicht!)

Es gibt Bereiche, in denen Sie gehandelt haben; oft war es das Gegenteil von dem, was Sie vorher vertreten haben. Für ein solches Verhalten gab es früher im öffentlich-rechtlichen Fernsehen eine Sendung: *Vorsicht Falle! Nepper, Schlepper, Bauernfänger*. Das umschreibt die Arbeit der deutschen Verbraucherschutzministerin.

- (B) Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Dietmar Bartsch [DIE LINKE] – Heinz-Peter Hausteil [FDP]: Noch schlimmer geht es nimmer!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Das Wort hat nun der Kollege Georg Schirmbeck für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Georg Schirmbeck (CDU/CSU):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich zuerst ganz herzlich bei der Haushaltsabteilung des Ministeriums bedanken. Die Zusammenarbeit war wie in den vergangenen Jahren erstklassig; das darf ich einmal so sagen. Der eine oder andere kann das ja vielleicht Herrn Hahn und seiner Mannschaft übermitteln. Im Haushaltsausschuss hat man Gelegenheit, die Haushaltsabteilungen der verschiedenen Ministerien kennenzulernen. Ich glaube, Frau Ministerin, Ihre Truppe ist nicht die schlechteste. Ich würde sagen: Ausgezeichnete Zusammenarbeit!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Herr Kelber hat hier eben ausgeführt, dass Sie keinen Einfluss haben. Ich kann feststellen, dass das, was wir mit den Fachpolitikern und dem Ministerium verabredet

haben, in den Beratungen im Haushaltsausschuss ohne große Diskussion reibungslos durchgelaufen ist. (C)

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Waltraud Wolff [Wolmirstedt] [SPD]: Mit welchen Fachpolitikern, Herr Schirmbeck?)

Das zeigt, dass das professionell vorbereitet und überzeugend aufbereitet worden ist. So kann man erfolgreiche Politik machen. Dazu, dass Sie, Herr Kelber, sich hier hingestellt und gesagt haben, die Ministerin habe keinen Einfluss, sage ich: Nein, im Gegenteil, sie arbeitet ganz hervorragend. Das gilt auch für die Zusammenarbeit mit Peter Hausteil, mit dem die Zusammenarbeit ebenfalls Spaß macht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Herr Kelber, Sie haben die große Gabe, hier eine Haushaltsrede zu halten und dabei eigentlich gar nicht über den Haushalt zu sprechen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Das haben Sie doch vorher aufgeschrieben; egal was ich sage!)

Deshalb ist es meine Aufgabe, Ihnen etwas dazu zu sagen. Nehmen Sie einmal zur Kenntnis, dass wir in diesem Jahr weniger Mittel zur Verfügung haben. Wenn wir redlich miteinander umgehen, müssen wir uns eingestehen, dass wir auch in den kommenden Jahren weniger Mittel zur Verfügung haben werden.

(Waltraud Wolff [Wolmirstedt] [SPD]: Darum müsste man sich endlich mal Gedanken machen! Genau das ist der Punkt, Herr Schirmbeck!) (D)

Die Kunst liegt darin, Politik zu machen und dabei mit dem vorhandenen Geld auszukommen. Wir kommen mit dem Geld aber nur aus, wenn wir in den verschiedenen Bereichen effizienter werden. Wenn Sie als der größte Lobbyist, den der Deutsche Bundestag überhaupt hat, hier sagen, wir machten Lobbypolitik, dann müssten Sie auch einmal sehen, welche Anträge Sie stellen. Sie sagen: Da 1 Million Euro mehr, da 500 000 Euro mehr und da und da und da. – Das ist genau die Klientelpolitik, die wir nicht machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Lachen bei der SPD und der LINKEN – Waltraud Wolff [Wolmirstedt] [SPD]: Vorsicht, Falle! – Kerstin Tack [SPD]: Das ist ja lächerlich! Atomlobby!)

Wir finanzieren Zukunft. Wir finanzieren **soziale Sicherheit**. Nehmen Sie einmal zur Kenntnis, dass von unserem Etat in Höhe von 5,4 Milliarden Euro 3,7 Milliarden Euro für die soziale Sicherheit im ländlichen Raum ausgegeben werden. Darauf sind wir stolz. Diese soziale Sicherheit garantieren wir auch für die Zukunft.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie haben eben ausgeführt, die Ministerin halte nicht Wort. Wir halten Wort. Bei dem, was wir in den vergangenen Jahren angekündigt haben, halten wir Wort. Wir haben gesagt, welche Mittel wir für das Grünlandmilchprogramm zur Verfügung stellen, und diese Mittel sind